Artikel Südwestpresse Neckar Chronik vom 04.04.2012

Offener Brief an die CDU Horb und den CDU Kreisverband Freudenstadt

Liebe Parteifreunde,

aufgrund des obigen Artikels sehe ich mich gehalten, einige klärende Aussagen zum Thema Nationalpark im Nordschwarzwald zu machen. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass von unterschiedlichster Seite immer wieder der Eindruck erweckt oder gar die Behauptung aufgestellt wird, als Ministerin hätte ich bereits konkrete Planungen für einen Nationalpark Nordschwarzwald gehabt und die jetzige Landesregierung und insbesondere der Landwirtschaftsminister Bonde würden nur fortführen, was von mir begonnen worden sei. Möglicherweise habe ich zu lange mit dieser Klarstellung gewartet, weil ich der festen Überzeugung war, dass dies nur ein vorübergehendes Argument ist. Zwischenzeitlich wird mir aber klar, dass interessierte Kreise versuchen, damit der CDU abzusprechen, dass Sie sich auch kritisch mit dem Projekt einerseits, insbesondere aber mit dem Vorgehen der Regierung andererseits auseinandersetzt. Man versucht die CDU mit diesem Argument unglaubwürdig und damit mundtot zu machen. Ich halte dies in einer politischen Auseinandersetzung für höchst fragwürdig. Deswegen wähle ich nun diesen Weg über einen offenen Brief, um hier einiges klarzustellen.

Im Rahmen der Arbeiten zur Naturschutzstrategie 2020 wurden auf Arbeitsebene u.a.auch alle Schutzgebiete im Nordschwarzwald dokumentiert. In diesem Zusammenhang wurde auch ein für einen Nationalpark potentiell geeignet erscheinendes Gebiet identifiziert. Allerdings wurden diese Gebietsabgrenzungen nie mit den Amtsleitungen der beiden Ministerien UVM und MLR diskutiert, ganz zu schweigen davon, dass es weder von mir einen Auftrag gab, Flächen für einen Nationalpark im Nordschwarzwald zu prüfen noch einen Suchlauf nach einem Gebiet für einen Nationalpark durchzuführen. Wer dieses behauptet ist beweispflichtig.

Ein Blick in die von uns beschlossene Naturschutzstrategie 2020 unterstreicht dies! Darin heißt es, dass im Land "die Ausweisung eines weiteren Großschutzgebietes (z.B. Biosphärengebiet, Nationalpark) angestrebt wird, dort wo die Menschen vor Ort dies wollen und mittragen." Die Position der grün-roten Landesregierung geht darüber deutlich hinaus, wenn sie von vornherein die Zielsetzung verfolgt, im Nordschwarzwald einen Nationalpark einzurichten. Es macht für mich auch einen gravierenden Unterschied, ob ich ein Großschutzgebiet nur dann anstrebe, wenn "die Menschen vor Ort dies wollen und mittragen" oder ob ich einen Nationalpark will und hierzu lediglich einen Dialog anbiete.

Richtig ist, dass im Wahlprogramm der CDU Baden-Württemberg beinhaltet war, dass wir in dieser Legislaturperiode ein weiteres Großschutzgebiet für den Naturschutz in Baden-Württemberg anstreben wollten. Aber auch hier gab es keinerlei Festlegung, ob es sich um einen Nationalpark oder ein weiteres Biosphärengebiet handeln würde. Zudem war offen, wo dieses Gebiet sein sollte. Die positiven Erfahrungen bei der Einrichtung des Biosphärengebietes "Schwäbische Alb" haben mich darin bestärkt, dass die Entwicklung nur aus der jeweiligen Region und mit dieser Region und ihren Kommunen gestaltet werden kann.

Eine Äußerung von mir anlässlich eines Besuches in Forbach am 25.2.2011, bei dem ich gefragt wurde, wie ich zu einem Nationalpark Nordschwarzwald stehe, beweist nochmals meine klare

Haltung, eine solche Entscheidung nur mit den betroffenen Bürgern und Kommunen zu treffen, wenn die Anstöße aus der Region kommen.

Mir war es in der Umwelt- und Naturschutzpolitik immer ein Anliegen, dass es einen Einklang von Umwelt - Wirtschaft und Tourismus gibt. Die Menschen einer Region werden zurecht nur dann bereit sein, höhere Lasten für den Umwelt- und Naturschutz in Kauf zu nehmen, wenn Sie sehen, dass auch an die Weiterentwicklung für das Leben der Menschen vor Ort gedacht wird.

Gerade meine ganz persönlichen Erfahrungen bei Stuttgart 21 haben mich bestärkt darin, dass die Einführung eines etwaigen Großschutzgebietes nur mit den Menschen und den Verantwortlichen vor Ort gemeinsam erarbeitet werden kann.

Hinzu kamen die Berichte und Erfahrungen aus den ersten Versuchen in den 90iger Jahren zur Einrichtung eines Nationalparks im Nordschwarzwald, die mich in diesem Vorgehen geradezu bestärkt haben. Gerade die Erfahrung aus den 90iger Jahren sollte uns eine Lehre sein, dass ein solches Projekt nur gemeinsam angegangen werden und nicht von oben herab vorgegeben werden kann.

Mir war diese Klarstellung wichtig, weil ich der festen Auffassung bin, dass die CDU in der Region, in der die grün-rote Landesregierung nun diesen Nationalpark will, sich einbringen muss in die Diskussion. Die CDU muss dafür sorgen, dass falsche Argumente nicht immer wieder vorgetragen werden und dass es eine tatsächlich ernstgemeinte Einbindung der Bürger vor Ort gibt. Dies ist bisher nicht der Fall, da es für Minister Bonde nicht um das Ob der Einrichtung sondern nur das Wie der Einrichtung geht. Dies hat mit Bürgerbeteiligung, die immer wieder wie eine Monstranz getragen wird, nun gar nichts zu tun. Es zeigt einmal mehr, dass die Grünen gern von Bürgerbeteiligung reden, sie aber nur dann einsetzen wollen, wenn auch das von ihnen gewünschte Ergebnis herauskommt. Der geplante Nationalpark ist nicht von unten nach oben sondern per ordre von Oben nach unten geplant, also genau das Gegenteil von dem, was immer behauptet wird. Wer wirklich will, dass für den Nordschwarzwald zukunftsfähige Lösungen aufgezeigt werden, mit denen Umwelt, Wirtschaft, Tourismus, Wohnen und Verkehr in Einklang gebracht werden können, darf sich nicht einseitig auf einen Nationalpark festlegen. Um diese Wege aufzuzeigen, wäre ein teures Gutachten und ein frühzeitiger, umfassender und ernsthafter Dialog gerechtfertigt. Das gewählte Verfahren entspricht dem bei weitem nicht! Im Gegenteil: Man gewinnt den Eindruck, dass es lediglich eine Alibifunktion erfüllt.

Ich hoffe, dass mit diesem offenen Brief in der Zukunft sowohl der Minister als auch Vertreter nachgeordneter Behörden aufhören zu behaupten, der Nationalpark sei bereits von mir festgelegt und geplant worden.

In diesem Sinne wünsche ich der CDU weiterhin eine konstruktive Diskussion in dieser für die ganze Region so bedeutenden Frage und verbleibe

Mit besten Grüßen

Tanja Gönner